

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint wöchentlich außer Sonn- und Feiertagen.
Der Preis für die 24 zum dreifachen Gebührensatz im Einzelheft (12) beträgt 2,50, für die 24 zum dreifachen Gebührensatz im Einzelheft (12) beträgt 2,50, für die 24 zum dreifachen Gebührensatz im Einzelheft (12) beträgt 2,50.
Verlag: C. M. Gärner, Aue, Sachsen.
Erscheinungsstelle: Aue, Sachsen, Nr. 25.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue (Sachsen), Schwarzenberg, Schwarzenberg und Johanngeorgenstadt, der Stadträte in Grünhain, Röhms, Neustädtel und Schwarzenberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg.

Verlag C. M. Gärner, Aue, Sachsen.

Vertriebsstellen: Aue 21 und 22, Röhms (Aue) 440, Schwarzenberg 10, Johanngeorgenstadt 3316, Grünhain 20, Neustädtel 3316.

Wichtiges: Man nehme für die am Samstag erscheinende Nummer die vorstehende 3 Uhr in den Hauptgeschäften. Die Nummer für die nächsten der Sonntag am vorstehenden Tage sollte an bestimmten Tagen nicht abgehoben werden, auch nicht die Nummer der durch den Vorverkauf abgesetzten Exemplare. — Für Rückgabe von ungenutzten Exemplaren übernimmt die Druckerei keine Verantwortung. — Lieferungen des Geschäftsstellenbezuges bitte rechtzeitig. Der Zeitungsvertrag mit Anhang zum Abdruck ist nicht verbindlich. Geschäftsstellenbezugsstellen in: Aue, Röhms, Schwarzenberg und Johanngeorgenstadt.

Nr. 167.

Montag, den 18. Juli 1932.

85. Jahrg.

Amfliche Anzeigen.

Das im Grundbuche für Neustädtel Blatt 599 auf den Namen des Kaufmanns Ernst Rudolf Seibel, früher in Neustädtel, jetzt in Röhms i. Erzgeb., eingetragene Grundstück soll am Freitag, dem 9. September 1932, vormittags 10 Uhr an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 10,2 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 17 800 RM. geschätzt. Die Brandversicherungssumme beträgt 24 500 RM.; sie entspricht dem Friedensabpreis vom Jahre 1914 (§ 1 des Gef. v. 18. 3. 1921, GBl. S. 72). Das Grundstück liegt unmittelbar an der Hauptstraße nach Eibenstock, etwa 400 m hinter dem Rathaus. Es besteht aus zwei nebeneinander stehenden Gebäuden (sogen. früheres Brauhaus), Hof und Berggarten mit Felsen.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchsamts und der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet (Zimmer 41).

Nachte auf Versteigerung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 14. Juni 1932 verlaubten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Die Rechte sind sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht zu berücksichtigen und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachzugeben.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erstellung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Schwarzenberg, den 14. Juli 1932.

Das Amtsgericht.

Es sollen öffentlich gegen sofortige Barzahlung meistbietend versteigert werden:

Mittwoch, den 20. Juli 1932, vorm. 9 Uhr, im gerichtlichen Versteigerungsraum: 1 Korb, 1 Sofa, 1 Spiegel mit Tisch, 1 Vertiko, 1 Schrankgrammophon, 1 Reitzbaum, 1 Radioapparat, 1 Posten Pflanzen, Reitzzeuge, je 2 Bände Socacelo und Sang und Klang, Durchschlagpapier, 1 Posten Damen- und Herren-Strickwaren und Textilwaren, 1 Tafelwagen, 1 Posten Wein, Brantwein und Milch, 1 Koffelack.

Am gleichen Tage, vorm. 10 Uhr, in Röhms, Sammelort der Bieter: Café Georgi: 1 Nähmaschine, 1 Füllkoffer, 1 Kleiderkasten.

Am gleichen Tage vorm. 11 Uhr in Aue, Sammelort der Bieter: Gasthaus Roland: 1 Sofa, 1 Spiegel mit Stufe, 1 Ausziehtisch, 2 Schreibeisesseln, 2 Stühle.

Freitag, den 22. Juli, vorm. 9 Uhr, im gerichtlichen Versteigerungsraum: 1 Kleiderkasten, 1 Ausziehtisch, 2 Stühle, 1 Posten Lebensmittel, Gewürz und Futtermittel, 1 Warenregal, 1 Warenschrank, 1 Regalaufsatz, Holzschuhe und -panzern, Peltschürzen, 2 Waps.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Aue.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Baumstellers Paul Arthur Bretschneider, früher in Schwarzenberg, Auer Straße 19, jetzt in Röhms, ist infolge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleichsvergleichstermin auf den 29. Juli 1932, vormittags 10 Uhr vor dem Amtsgerichte Schwarzenberg anberaumt worden.

Der Vergleichsvorschlag — und die Erklärung des Gläubigerausschusses — sind auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. R 2/25. Schwarzenberg, den 12. Juli 1932.

Der U. d. G. des Amtsgerichts.

Dienstag, den 19. Juli 1932, sollen öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden: vormittags 10 Uhr in Aue ein Sofa. Sammelort der Bieter: Fremdenhof zum Löwen.

Vormittags 10 Uhr in Petersfeld: 8 Bänke, 2 Sofas, 2 Büfets, 2 Korbentgen und andere bessere Möbelstücke, 2 Schreibeisesseln, 1 Koffelack, 1 Schreibtisch, 1 Handkoffer und 48 Quadratmeter Linoleum. Sammelort der Bieter: Gasthof Albert-Turm.

Vormittags 12 Uhr in Neuwelt: 1 großer Posten Blech- und Emailwaren. Sammelort der Bieter: Merkels Gasthof. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Ueber das Ergebnis der Ziegenzählung vom 1. Juli 1932 zwecks Abführung der Bodhaltungumlage auf das Wirtschaftsjahr 1932/33 ist ein Verzeichnis aufgestellt worden, das für die beteiligten Ziegenbesitzer in der Zeit vom 19. Juli bis 2. August 1932 im hiesigen Polizeiamt — Stadthaus, Zimmer 29/30 — zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt ist. Einsprüche gegen dieses Verzeichnis sind nur zulässig, wenn sie bis zum Ablaufe der vorgenannten Auslegungsfrist schriftlich oder zu Protokoll beim unterzeichneten Stadtrat angebracht werden. Schwarzenberg, am 16. Juli 1932.

Der Rat der Stadt. — Polizeiamt.

Aue- und Brennholz-Versteigerung.

Staatsforstrevier Neudorf. (Hauptrevier u. Kranzähler Wald)

I. Brennholz:

Donnerstag, den 26. Juli 1932, nachm. 1/2 Uhr im Gasthaus von Robert Sonntag in Neudorf i. Erzgeb. ca. 106 rm fl. Brennholz, 44 rm fl. Brennholz, 16 rm fl. Zaden, 3 rm fl. Kiste.

II. Aueholz:

Freitag, den 20. Juli 1932, vorm. 1/2 Uhr in der Bahnhofswirtschaft zu Annaberg i. Erzgeb.

45 fl. Stämme 15/34 cm Mittl. 16 bis 25 m lg. — 52 fl. 5466 fl. Aueholz 10/46 cm Dblt. 3 bis 5 m lg. — 724 fl. Aufbreitet in den Abl. 23, 53 und 90 II (Kahlschläge). Waggel holzenlos durch das Forstamt.

Forstamt Neudorf.

Forstschaffte Schwarzenberg.

Die Verklavungsanleihe.

Kolonie Oesterreich.

Die Vorgänge, die zum Abschluß der österreichischen Völkerbundsanleihe führten, haben mit Recht größte Sorge in allen Ländern des deutschen Kulturkreises hervorgerufen. Von dem Gesamtbetrag der Anleihe in Höhe von 180 Mill. M. sind bisher 138 Mill. M. geschert. Davon sind abzugeben der Voranschlag von 60 Mill. M., den England im vorigen Jahr zur Abwendung des französischen Expansionsdiktates gegeben hat, und ferner ca. 54 Mill. M. Forderungen der B.Z.B. an die österreichische Notenbank, so daß nur 24 Mill. Mark für die finanziellen Bedürfnisse der Regierung bleiben. Dazu sind die Bedingungen für diese Anleihe politisch geradezu vernichtend. Die österreichische Presse — mit Ausnahme derjenigen Wiener Zeitungen, die vom Prager Außenministerium ausgehalten werden, und der offiziell-sozialen „Reichspost“ — ist übereinstimmend der Auffassung, daß die Bedingungen furchtbar sind und das Ende der österreichischen Souveränität bedeuten.

Die gesamte Finanz- und Außenpolitik Oesterreichs gerät mit der Anleihe unter die Kontrolle des Völkerbundsrates, in dem über alle diese Fragen, die als Verfahrensfragen angesehen werden, mit Stimmenmehrheit entschieden wird. Dadurch ist der Einfluß Deutschlands auf die österreichischen Dinge praktisch ausgeschlossen, da sich im Völkerbundrat stets eine Mehrheit gegen Deutschland zusammenfinden wird. Wir haben hier die Diktatur auf die Zollunionspolitik von Brüning und Curtius. Damals wurde eine große deutsche Zukunftsidee aufgegriffen, aber die Verwirklichung war so kümmerlich, daß die deutsche Außenpolitik bereits beim Auftreten des ersten französischen Widerstandes weich wurde. Brüning hat nachträglich erklärt, man habe die Wirtschaftskatastrophe nicht voraussehen können und Deutschlands Kräfte reichten nunmehr nicht aus, um den Zollunionsplan gegen den Widerstand aller anderen Mächte durchzuführen. Es ist damals ungefähr alles falsch vorausberechnet und selbst das nicht erkannt worden, daß die französische Politik seit mehr als hundert Jahren die Schaffung eines kräftigen Wirtschaftsraumes in Mitteleuropa als einen Angriff auf ihre Sicherheit betrachtet, und daß infolgedessen der härteste französische Widerstand selbstverständlich war. So wurde aus einer verheißungsvoll begonnenen Aktion die schwerste politische Niederlage, die Deutschland in den letzten Jahren erlitten hat. Außerdem wurden noch in der Behandlung der übrigen Länder die unglaublichsten Fehler begangen, und wir haben es sogar fertig bekommen, Italien, den natürlichen Gegner Frankreichs in allen europäischen Nachfragen, in diesem Fall auf die Seite Frankreichs zu treiben. Ein größeres Maß von politischer Kurzsichtigkeit ist bei der Behandlung einer deutschen Lebensfrage noch niemals bewiesen worden.

Der neuen Regierung lag die schwierige Aufgabe ob, zu Verhandlungen Stellung zu nehmen, die bereits sehr weit gediehen waren und auf die kein unmittelbarer Einfluß mehr genommen werden konnte. Es mag dahingestellt bleiben, ob der deutsche Vertreter im Völkerbundrat recht daran getan

Widerspruch in Oesterreich.

Wien, 17. Juli. Die entwürdigenden politischen Anleihebedingungen für Oesterreich haben im ganzen Lande Bestürzung und Empörung hervorgerufen. Man ist sich darüber klar, daß Oesterreich auf zwanzig Jahre hinaus seine Finanz-, Handels- und außenpolitische Staatshoheit aufgegeben hat, um einer Hilfe willen, die keinesfalls ausreicht, um die latenten Schwierigkeiten zu beheben. Von den 300 Millionen sind bisher 290 Millionen Schilling geschert, von denen außer für die 100 Millionen für die Konvertierung des englischen Kredits noch 90 Millionen für die Förderung der B.Z.B. an die österreichische Notenbank abgehen, so daß also nur 40 Millionen an neuen Mitteln eingehen werden.

In politischen Kreisen gewinnt die Ueberzeugung Oberhand, daß die Tage der Regierung Zollfuß gezählt sind, da ein Mann, der bereits grundtätlich seine Zustimmung für eine derartige Verklavung Oesterreichs zu geben bereit war, nicht mehr als geeignet angesehen werden könne, die Politik des Landes weiter zu führen.

Außerdem dürfte es unmöglich sein, auch nur im Kabinett, geschweige denn im Parlament, die erforderliche Mehrheit für diesen Anleihevertrag zu bekommen. Als sicher gilt, daß der Heimatbund seine Zustimmung verweigern und eine weitere Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzler als eine untragbare Zumutung ablehnen wird. Selbstverständlich sagen auch die Großdeutschen der Regierung den schärfsten Kampf an. Aber auch die Sozialdemokraten erklären diese Anleihe unter derartigen Bedingungen für unerträglich. Sogar in den Reihen der Christlich-Sozialen Partei, der Partei des Bundeskanzlers, wird von einzelnen Abgeordneten die Anleihe als ein Ding der Unmöglichkeit bezeichnet.

Der deutsche Sonderkredit.

Der Sonderkredit, den die deutsche Regierung zur Verfügung stellen wird, muß sich natürlich in dem durch die deutschen Verhältnisse gezogenen engen Rahmen halten. Der Sonderkredit kommt ein Betrag von 7 Millionen S. in Frage. Ueber die Einzelheiten wird noch verhandelt.

hat, sich bei der Abstimmung nur der Stimme zu enthalten. Aus einer Reihe von österreichischen Zeitungen ist zu ersehen, daß man dort darauf gewartet hat, Deutschland würde die Anleiheaktion durch ein Nein im Völkerbundrat im letzten Augenblick noch zu Fall bringen. Seltensfalls haben die großdeutschen „Wiener Nachrichten“ recht, wenn sie davon sprechen, daß Oesterreich durch die Bedingungen für die Anleihe zu einer Kolonie herabgewürdigt worden sei. In der nächsten Zeit wird es im Innern dieses unglücklichen Landes schwere Auseinandersetzungen geben, von denen freilich kaum gehofft werden kann, daß sie zur Bildung einer entschlossenen deutschen Widerstandsfront führen werden.

Allgemeines Demonstrationsverbot.

Berlin, 18. Juli. Wie wir erfahren, hat die Reichsregierung neben eine Verordnung erlassen, durch die Demonstrationen unter freiem Himmel allgemein untersagt werden.

Hillers Protest.

Königsberg, 17. Juli. Wie von der NSDAP. mitgeteilt wird, hat Adolf Hitler an den Reichspräsidenten, Reichskanzler, Reichsinnenminister und Reichswehrminister gleichlautende Telegramme gerichtet, in denen er behauptet, die Königsberger Polizei habe unter Führung eines Polizeimajors den ordnungsmäßigen Vorbeimarsch von SA- und SS-Kolonnen vor seinem (Hitlers) Wagen wiederholt gestört. Außerdem seien plötzlich sechs Ueberfallwagen in die Marschkolonnen hineingefahren. Hitler bezeichnet diese Vorgänge als „unwiderlegliches Dokument für die unhaltbaren Zustände, in die die öffentliche Ordnung unter der derzeitigen preußischen Regierung gebracht“ werde und verlangt, daß seitens der Reichsregierung solcher Polizeitaktik ein Ende bereitet werde.

Von der Polizei wird erklärt, daß durch die polizeilichen Absperrungsmaßnahmen eine Behinderung des Vorbeimarsches nicht eingetreten sei. Der Königsberger Gauleiter, Reichstagsabg. Koch, habe gedroht, er werde sofort seine SA einsehen, wenn die berittenen Beamten nicht entfernt würden. Hierauf wurde ihm bedeutet, dies wäre lediglich Sache der Polizei. Koch wiederholte, er stelle dem Major 5 Minuten freizur Entfernung; der berittene Beamten. Es wurde ihm hierauf erklärt, daß er selbigen werden müsse, wenn er sich nicht jeglicher polizeilicher Eingriffe enthalte. Da inzwischen genügend Verstärkung zu Fuß eingetroffen war, konnte nach und nach die berittene Polizei zurückgezogen werden. Die Maßnahmen hatten den Zweck, eine ungehörige Abnahme des Vorbeimarsches durch Hitler zu gewährleisten.

Severing mobilisiert seine Beamten.

Berlin, 17. Juli. Der preussische Innenminister hat sämtliche preussische Beamten, die sich auf Urlaub befinden, telegraphisch zurückgerufen.

Berlin, 17. Juli. Der frühere Reichskanzler Gustav Bauer (Soz.) hat den Strafantrag gegen Gottfried Jarnow wegen der in dem Buch „Gefesselte Justiz“ gegen ihn erhobenen schweren Verwürfe zurückgezogen.